



Liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Newsletter möchte ich Euch wieder über meine Arbeit im Bundestag sowie über aktuelle Geschehnisse in der Linksfraktion sowie in Bayern informieren. Weitergehende Informationen gibt es auch unter [www.harald-weinberg.de](http://www.harald-weinberg.de). Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,

Harald Weinberg

- Mitglied des Deutschen Bundestages Fraktion DIE LINKE. Obmann im Ausschuss für Gesundheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -

**Inhalt:**

<b>1. Aktuelles aus Bayern.....</b>	<b>2</b>
1.1 LINKE unterstützt Warnstreiks im Öffentlichen Dienst .....	2
1.2 Dresden, die bayerische Polizei und der Antifaschismus .....	2
1.3 Internationalen Frauentag am 8. März: 101 Jahre Herrschaftskritik – Es gibt viel zu tun! .....	3
<b>2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE.....</b>	<b>3</b>
2.1 Rede im Bundestag: Opfer des Brustimplantate-Skandals unterstützen.....	3
2.2 Praxisgebühr und Zuzahlungen abschaffen.....	3
2.3 Weg mit Praxisgebühr und Zuzahlungen.....	4
2.4 Überschüsse für Kranke nutzen.....	4
2.5 Praxisgebühr ist unsozial und überflüssig .....	4
2.6 Neuauflage der Broschüre „Das deutsche Gesundheitssystem – ein Auslaufmodell?“ .....	4
2.7 Beate Klarsfeld kandidiert für Die Linke als Bundespräsidentin.....	5
2.8 „Finanzhilfen“ für Griechenland: Wieder ein Stück näher am Abgrund .....	5
<b>3. Sonstiges.....</b>	<b>6</b>
3.1 Politische Streiks: Wiesbadener Appell und Konferenz in Berlin .....	6
3.2 Solidarität mit den Forderungen des Hungerstreiks kurdischer Gefangener .....	7
3.3 Hörbuch: Ist die ganze Welt bald pleite?.....	7
<b>4. Termine.....</b>	<b>7</b>
4.1 Berlinfahrten der bayerischen Abgeordnetengemeinschaft.....	7
4.2 Veranstaltung zu kommunaler Asylpolitik in Erlangen am 23. März.....	7
4.3 Veranstaltung zu Eurokrise und Griechenland in München am 26. März.....	8
4.4 Harald auf Facebook.....	8
<b>5. Kontakt zu Haralds Büros.....</b>	<b>8</b>

# 1. Aktuelles aus Bayern

## 1.1 LINKE unterstützt Warnstreiks im Öffentlichen Dienst (Pressemitteilung vom 7. März)

### Bundestagabgeordneter Harald Weinberg (DIE LINKE) solidarisiert sich mit Beschäftigten

„Es ist ein Skandal, dass die Arbeitgeberseite immer noch kein eigenes Angebot vorgelegt hat und stattdessen Verdi, GEW und GdP auffordert, von der berechtigten Forderung nach 6,5 Prozent oder mindestens 200 Euro mehr Lohn Abstand zu nehmen. Auf eine solche Provokation kann man nur mit Warnstreiks reagieren“, erklärt Harald Weinberg, zu den Warnstreiks im Öffentlichen Dienst in dieser Woche.

Der Nürnberger MdB der Linken: „Krankenschwestern, Busfahrer, Altenpflegerinnen und Erzieherinnen sorgen tagtäglich dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert.

Trotzdem bleibt die Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst seit Jahren hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück. Wenn man die Inflation berücksichtigt, sind die Löhne und Gehälter der Beschäftigten seit 2005 um gerade einmal ein Prozent gestiegen. Besonders die unteren Einkommensgruppen haben großen Nachholbedarf. Wenn der Nürnberger Stadtkämmerer Riedel (SPD) dann auch noch Forderungen ab 2 % für zu hoch hält, dann ignoriert er die derzeitige Inflationsrate von über 2 % und will den Beschäftigten bei Bund und Kommunen weiteren Reallohnverlust zumuten.

Seit 1991 wurde zudem jeder dritte Arbeitsplatz im Öffentlichen Dienst abgebaut, die Hälfte davon wegen Privatisierungen. Deshalb unterstützt die LINKE die Gewerkschaften Verdi, GEW und GdP bei ihrem Kampf um gute Arbeit und damit für gute Dienstleistungen. Wir wünschen den Beschäftigten viel Erfolg.“

→ [Mehr Informationen zur aktuellen Tarifrunde im Öffentlichen Dienst bei ver.di](#)



## 1.2 Dresden, die bayerische Polizei und der Antifaschismus

No Pasaran – sie sind nicht durchgekommen! Der größte europäische Aufmarsch von Neofaschisten in Dresden ist innerhalb von drei Jahren auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet. Dieser großartige Erfolg verdankt sich einem breiten Bündnis parlamentarischer und außerparlamentarischer Kräfte – von der SPD bis zur Antifa. Dabei musste sich der antifaschistische Widerstand nicht nur gegenüber den Nazis behaupten, sondern auch gegenüber den sächsischen Ermittlungsbehörden und der Landesregierung. [...]

### Sächsische Verhältnisse in Bayern

Diese „sächsischen Verhältnisse“ sind nicht auf Sachsen beschränkt. Auf Anfrage der Dresdner Polizei wurden von der Fürther Kriminalpolizei vor den Demonstrationen in Dresden am 13. und 18. Februar zahlreiche mittelfränkische Busunternehmen durchtelefoniert. Offiziell handelte es sich dabei um eine „reine Routinemaßnahme“, die wiederum als „reine Informationsbeschaffung ohne Eingriffscharakter“ zu sehen sei, erklärte der zuständige Polizeipräsident. [WEITERLESEN](#)

→ Bundestagsrede von Ulla Jelpke am 8. März 2012:  
[„Extremistischer Generalverdacht der Regierung gegen Antifaschismus“](#)



### 1.3 Internationaler Frauentag am 8. März: 101 Jahre Herrschaftskritik – Es gibt viel zu tun!

Der Nürnberger Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg (DIE LINKE) macht am internationalen Frauentag ein Tagespraktikum im Nürnberger Nordklinikum.

Heute zum Frauentag formiert sich DIE LINKE im Plenum des Deutschen Bundestag zu einer reinen Frauenfraktion. Sie setzt damit ein starkes Zeichen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht zusteht. Gleichzeitig werden wir männlichen Abgeordneten Tagespraktika in frauendominierten Berufen absolvieren. Wir wollen damit wertschätzen, was Frauen leisten und die gesellschaftliche Bedeutung von Bildungs-, Dienstleistungs- und Pflegeberufen hervorheben. Wir machen Praktika in Berufsfeldern, in denen sonst Frauen dominieren und durchschnittlich über 23 Prozent weniger verdienen. Unsere Solidarität gilt den weiblichen Erwerbstätigen, die oft in prekarierten Verhältnissen arbeiten als Minijobberinnen, in unfreiwilliger Teilzeit und im Niedriglohnssektor. [...]

Ich werde im Klinikum Nürnberg ein Praktikum im Bereich der geriatrischen Pflege machen und erhoffe mir dadurch Eindrücke, die mich darin bestärken sollen, gerade auch für diese Beschäftigtengruppen eine Politik zu machen, die ihre Lage verbessert. [DEN GANZEN ARTIKEL LESEN](#)

→ Bundestagsrede von Yvonne Plötz am 8. März: [„Wir sind heute die erste Frauenfraktion in der BRD!“](#)



## 2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE

### 2.1 Rede im Bundestag: Opfer des Brustimplantate-Skandals unterstützen – keine Kostenbeteiligung bei medizinischer Notwendigkeit (9. Februar)

Stellen Sie sich vor, Sie spielen in einer Hobby-Mannschaft auf dem Bolzplatz Fußball und brechen sich das Bein. Wer kommt dann für die Behandlungskosten auf? Die Gesetzliche Krankenversicherung. Stellen Sie sich vor, Sie fahren Auto, haben es eilig, beachten nicht die Höchstgeschwindigkeit und verursachen einen Unfall. Auch hier zahlt die Gesetzliche Krankenversicherung selbstverständlich Ihre Behandlung, auch wenn Sie an dem Unfall selbst schuld waren. Gleiches gilt für die Behandlungskosten von Übergewichtigen, Rauchern, Menschen, die sich ungünstig ernähren, Radfahrern und Motorradfahrern, Kletterern, Menschen die zu viel oder zu wenig Sport machen oder nach Alkoholkonsum gestolpert und hingefallen sind. Sie sehen selbst: Diese Liste könnte man noch sehr lange fortsetzen. Fast jeder gehört zu einer Gruppe, die selbst eine Verantwortung für das eigene Leid trägt und trotzdem zahlt die Kasse die Rechnung. Denn ein Grundprinzip der Gesetzlichen Krankenversicherung ist, dass sie nicht nach dem Schuldigen für eine Verletzung oder Erkrankung fragt, sondern schlicht nach dem Bedarf. [WEITERLESEN](#)

### 2.2 Praxisgebühr und Zuzahlungen abschaffen (Pressemitteilung vom 13. Februar)

„Bahrs Vorschlag, die Krankenkassen sollten aufgrund übervoller Kassen Prämien an ihre Versicherten auszahlen, ist nichts weiter als Trickserie. Die Beitragssätze könnte er schließlich auch selbst senken. Zudem könnte nur die Minderheit aller Kassenpatienten von einer Prämienzahlung profitieren. Gerechter wäre es, die unsoziale Praxisgebühr und andere Zuzahlungen abzuschaffen“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, die entsprechenden Forderungen des Gesundheitsministers. [WEITERLESEN](#)

→ [„Gerangel um die Kassenmilliarden“](#) (Ärzte Zeitung Online vom 13.2.)

### 2.3 Weg mit Praxisgebühr und Zuzahlungen (Pressemitteilung vom 1. März)

[...] „Dass sich zuerst die Grünen vor über einem Jahr dieser alten Forderung der LINKEN angeschlossen haben, begrüßen wir. Nachdem nun gestern auch – vermutlich mit der Zwei-Prozent-Angst im Nacken – die FDP-Fraktion das Ende der Praxisgebühr forderte, ist es an der Zeit, dass auch Union und SPD einsehen, dass sie mit der Praxisgebühr auf dem Holzweg sind.“ [WEITERLESEN](#)

### 2.4 Überschüsse für Kranke nutzen (Pressemitteilung vom 7. März)

[...] „Das finanzielle Polster von 20 Milliarden Euro, das sich inzwischen in der Krankenversicherung aufgebaut hat, sollte deshalb dazu genutzt werden, Praxisgebühr und Zuzahlungen abzuschaffen; 2011 mussten die Patientinnen und Patienten dafür fünf Milliarden neben den Versicherungsbeiträgen zuzahlen. Die Forderung der Grünen nach einer generellen Beitragsatzsenkung geht ins Leere, weil dadurch Kassen mit vielen Alten und Kranken, die jetzt schon Zusatzbeiträge verlangen müssen, noch schlechter dastünden.

Auch politisch wird eine Abschaffung der Praxisgebühr immer wahrscheinlicher: DIE LINKE war schon immer für die Abschaffung. Die Grünen sind durch ihren Parteitagsbeschluss von 2010 auf die Abschaffung festgelegt, und selbst die FDP-Fraktion sprach sich vor einer Woche für eine Abschaffung aus. Wenn Union oder SPD ihre Blockade aufgeben, gäbe es im Bundestag eine Mehrheit.“ [WEITERLESEN](#)

### 2.5 Praxisgebühr ist unsozial und überflüssig (Pressemitteilung vom 9. März)

„Die ersatzlose Streichung einer unsinnigen Maßnahme ist sehr wohl eine Lösung“, antwortet Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, auf die Einlassung des gesundheitspolitischen Sprechers der Unionsfraktion, wonach die Abschaffung der Praxisgebühr keine Lösung sei. „Und das kann auch ganz schnell gehen – die Mehrheit dafür wäre jedenfalls auch ohne Union gegeben, wenn die FDP nicht schon wieder umfallen würde.“ Weinberg weiter:

„Die Union kann nicht ein einziges Argument für die Praxisgebühr bringen. Dennoch hält sie daran fest, ausgerechnet bei den kranken Menschen abzukassieren. Offenkundig will die Union mit der angekündigten Reform der Praxisgebühr weiter an das Geld der Versicherten, der Ärzteschaft aber den Aufwand beim Einzug ersparen.

Da trifft sie sich dann auch wieder mit der Klientelpartei FDP. Deren Gesundheitsminister hat seinen Aufstand im Wasserglas jedenfalls schon abgebrochen. Die Praxisgebühr aber braucht keine Reform, sie gehört ein für alle Mal in den Papierkorb.“

### 2.6 Neuauflage der Broschüre „Das deutsche Gesundheitssystem – ein Auslaufmodell?“

Ab sofort gibt es eine zweite, aktualisierte Auflage meiner Broschüre zum deutschen Gesundheitssystem. Hier beschreibe ich die Anforderungen und Grundprinzipien des Gesundheitssystems, seine Aushöhlung und Deformation seit den 1980er Jahren, diverse Mythen der Gesundheitspolitik sowie das Modell der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, für das die LINKE eintritt.

Die zwölfseitige Broschüre kann kostenlos in meinem Wahlkreisbüro bestellt werden oder als [PDF-Datei](#) heruntergeladen werden (Mail: [harald.weinberg@wk.bundestag.de](mailto:harald.weinberg@wk.bundestag.de) | Telefon: 0911 / 4505627).

**Harald Weinberg**  
Mitglied des Deutschen Bundestags  
Obmann der LINKEN  
im Ausschuss für Gesundheit

**DIE LINKE**  
IM BUNDESTAG

**Das deutsche Gesundheitssystem – ein Auslaufmodell?**

**Grundanforderungen an ein Gesundheitssystem**

Jede Organisation eines Gesundheitswesens ist vor vier grundsätzliche Anforderungen gestellt:

- Die **medizinische Anforderung** besteht darin, eine möglichst hochwertige und vollständige Krankenversorgung zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitigkeit von der medizinischen Fortschritt einbezogen werden. Eine gute Pflege sowie die Ermöglichung eines würdevollen und möglichst schmerzfreien Lebensendes gehören ebenfalls zu den medizinischen Anforderungen.
- Die **soziale Anforderung** besteht darin, allen Menschen ohne Ansehen ihrer sozialen Lage und auf der Basis eines Rechtsanspruchs den Zugang zu dieser Krankenversorgung zu ermöglichen, und zwar ohne Unterschied zu machen (keine Mehr-Einkommen-Strafung). Zudem müssen die Kosten gerecht auf die Mitglieder der Gesellschaft verteilt werden.
- Die **ökonomische Anforderung** besteht in der Steuerung von Mengen, Preisen, Qualitäten, Innovationen nach den Kriterien Bedarf, Allgemeinheit und Effizienz.
- In einer sich beständig wandelnden Welt, vor dem Hintergrund anhaltender medizinischer Innovationen und wegen des Spartenverzweigungscharakters, in dem die vorgenannten Anforderungen zueinander stehen oder in die sie geraten können, besteht die vierte Anforderung in der **Stabilität und Anpassungsfähigkeit** des Systems.

**Empirisch vorfindbare Gesundheitssysteme**

Schauen wir uns in der Welt um, insbesondere in den OECD-Staaten, dann finden wir ganz unterschiedliche Organisationsformen von Gesundheitswesen, die sich aber alle auf einer Skala „öffentlich ↔ privat“ nicht gut verorten lassen.

1 Diese Darstellung folgt im wesentlichen der Auffassung von Prof. Dr. Rüdiger Wenzel in der Reihenkonferenz des IGG. Für ein vollständiges Gesundheitsverständnis.

Das deutsche Gesundheitssystem – ein Auslaufmodell? 1. Auflage 03/2012

## 2.7 Beate Klarsfeld kandidiert für Die Linke als Bundespräsidentin

Nachdem der Kleinbürger Christian Wulff vom Springer-Konzern – unter tatkräftiger Mithilfe seiner selbst – aus dem Amt gejagt worden ist, scharrt nun Joachim Gauck an der Tür vom Schloss Bellevue. Zur leidigen Frage, wie sehr Wulff „dem Amt Schaden zugefügt hat“, sei auf seine Ahnengalerie verwiesen, die von der taz zusammengestellt wurde: [„Vollpfosten in Amt und Würden“](#).

Als gemeinsamer Kandidat von Union, SPD, Grünen und FDP wurde Gauck unter Ausschluss der Linksfraktion bestimmt. Das ist einerseits folgerichtig, denn einen Konsenssoße-Kandidaten Gauck hätte es mit uns nicht gegeben. Andererseits ist es skandalös, einen „Konsenskandidaten“ zu präsentieren, bei dessen Findung eine demokratische Partei mit über fünf Millionen WählerInnen ausgeschlossen war.

Argumente gegen Gauck gibt es unter anderem hier:

- Die Nürnberger Zeitung hat mich nach meinen Gründen gefragt, Gauck nicht zu wählen: [„Warum Die Linke gegen Gauck stimmen will“](#)
- Argumente-Papier der Linksfraktion (PDF-Datei): [„Was spricht gegen Gauck als Bundespräsident?“](#)
- Albrecht Müller, Herausgeber der Nachdenkseiten, hat ein Buch zum Thema geschrieben: [„Der falsche Präsident. Was Pfarrer Gauck noch lernen muss, damit wir glücklich mit ihm werden.“](#)



Beate Klarsfeld bei ihrem Besuch der Linksfraktion am 28. Februar

DIE LINKE hat deshalb die international bekannte Antifaschistin Beate Klarsfeld als Gegenkandidatin aufgestellt. Sie wird sich am 18. März um das Amt der Bundespräsidentin bewerben. Die Journalistin widmete ihr Leben der Verfolgung von Nazi-Verbrechen und der Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit deutscher Politiker. [Mehr Informationen](#)

Am 28. Februar besuchte Klarsfeld die Linksfraktion (siehe Foto), eine Woche später wurde auch Joachim Gauck empfangen. Für Klarsfeld war es allerdings der einzige Besuch bei einer Bundestagsfraktion, bei allen anderen Fraktionen hieß es [„Kein Termin für Klarsfeld“](#) (Artikel auf Lafontaines Linke).

## 2.8 „Finanzhilfen“ für Griechenland: Wieder ein Stück näher am Abgrund

Am 27. Februar hat der Bundestag unter dem verschleiernnden Titel „Finanzhilfen für Griechenland“ weitere 165 Milliarden Euro bewilligt, die ausschließlich dafür genutzt werden, privaten Banken und Hedgefonds ihre drohenden Verluste abzusichern. Damit verbunden sind unfassbare Bedingungen, die Griechenland von der Troika aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds aufgezwungen werden – unter tatkräftiger Mithilfe der Bundesregierung. Das Spardiktat zerstört die Demokratie: [die Tarifautonomie wird ausgehebelt](#), die Reste des Sozialstaats werden zerstört und das griechische Parlament verliert die Souveränität, über den nationalen Haushalt zu entscheiden. Eine ganze Gesellschaft wird so in den Abgrund getrieben. Die Löhne müssen um 22 Prozent gekürzt werden, innerhalb der nächsten drei Jahre stehen Kürzungen im Rentensystem in Höhe von 14 Milliarden Euro an, bis 2014 müssen 150.000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden. Die Investitionen in Griechenland sind um 50 Prozent gesunken, die Jugendarbeitslosigkeit ist auf 50 Prozent angestiegen. Griechenland wird in „Rettungsringe aus Blei“ gezwängt, wie es mein Kollege Michael Schlecht in einer Erklärung treffend beschrieben hat und der ich mich voll und ganz anschließe: [ERKLÄRUNG LESEN](#)

>> Weiter auf der nächsten Seite >>

Trotz der zum Teil scharfen Oppositionsrhetorik im Plenum schmissen sich SPD und Grüne einmütig in die parlamentarische Konsenssoße. Nur einige „Dissidenten“ aus Union, FDP und SPD stimmten – neben der gesamten Linksfraktion – gegen die „Finanzhilfen“. Parallel zur Debatte im Bundestag fand vor dem Gebäude die Kundgebung „Heute Griechenland, morgen wir – Nein, zu Merkels Spardiktat!“ statt, an der sich auch viele Abgeordnete der Linken beteiligten (siehe Foto).



Kundgebung vor dem Bundestag am 27. Februar

### 3. Sonstiges

#### 3.1 Politische Streiks: Wiesbadener Appell und Konferenz in Berlin

Ich möchte auf zwei Initiativen zum politischen Streik hinweisen, die hoffentlich dazu beitragen, das rückständige und restriktive Streikrecht in Deutschland zum Tanzen zu bringen:

Der „**Wiesbadener Appell – Für ein umfassendes Streikrecht**“ ist aus einer Initiative unabhängiger GewerkschafterInnen hervorgegangen und bisher von über 2.000 Personen unterzeichnet worden:

„Die Schärfung und die Ausweitung von umfassenden (Arbeits-) Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer führt Stück für Stück zu größeren Erfolgen der Gewerkschaften vor allem auch im politischen Raum. Die Mitgliedergewinnung und die Haltearbeit der Gewerkschaften könnte nachhaltig verbessert werden.

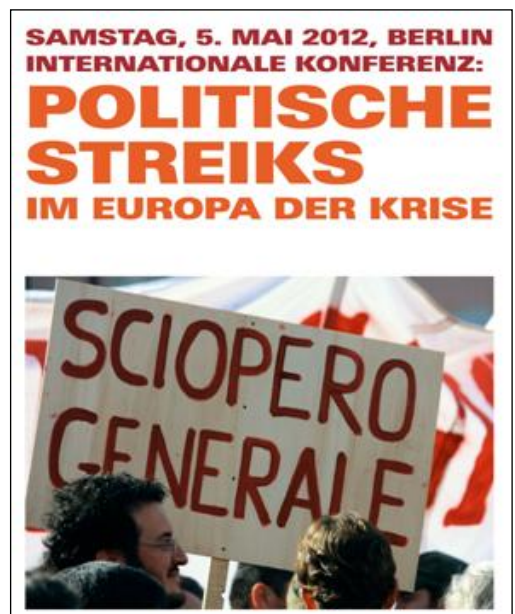
(Streik-) Recht ist immer Ausdruck von wirtschaftlicher und politischer Macht. Streikrechte sind elementare und soziale Menschenrechte, die erkämpft werden müssen.“

→ [Wiesbadener Appell lesen und unterzeichnen](#)

Am 5. Mai findet in Berlin die internationale Konferenz „**Politische Streiks im Europa der Krise**“ statt, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet wird. Im Mittelpunkt steht die Frage, was sich aus den Erfahrungen anderer europäischer Länder für die Debatte um den Einsatz politischer Streiks in Deutschland lernen lässt. Dafür werden GewerkschafterInnen aus zahlreichen europäischen Ländern werden über ihre Erfahrungen mit Generalstreiks berichten.

→ [Ankündigung und Programm der Konferenz](#)

→ [Politische Streiks – Europäische Erfahrungen und Strategien für die Diskussion in Deutschland](#) (Bericht vom Treffen des RLS-Gesprächskreises Gewerkschaften am 20.1.2012)



### 3.2 Solidarität mit den Forderungen des Hungerstreiks von mehr als 400 kurdischen politischen Gefangenen in der Türkei

Seit dem 15. Februar 2012 befinden sich über 400 kurdische politische Gefangene in türkischen Gefängnissen in einem unbefristeten Hungerstreik. Unter ihnen sind auch die inhaftierten Abgeordneten der Demokratischen Friedenspartei BDP Selma Irmak, Ibrahim Ayhan, Gulser Yildirim sowie Faysal Sariyildiz.

Die Hungerstreikenden protestieren gegen die anhaltende Repressionswelle gegen kurdische PolitikerInnen, MenschenrechtlerInnen, AnwältInnen, FrauenrechtlerInnen und JournalistInnen. Seit den Kommunalwahlen 2009 wurden mehr als 6.200 Menschen ohne haltbare juristische Grundlage inhaftiert. [WEITERLESEN](#)

### 3.3 Hörbuch: Ist die ganze Welt bald pleite?

Die Bildungsbroschüre „Ist die ganze Welt bald pleite? Staatsverschuldung: Was sie ist und wie sie funktioniert“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung gibt es jetzt auch als Hörbuch. Es kann als Podcast auf den Seiten der RLS angehört werden, ebenso wie die Hörbuch-Version der Broschüre „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!“ 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise. [Zu den Hörbüchern](#)



## 4. Termine

### 4.1 Berlinfahrten der bayerischen Abgeordnetengemeinschaft

Die bayerische Abgeordnetengemeinschaft bietet in diesem Jahr vier thematische Bundestagsreisen von Bayern nach Berlin an. Weiter Informationen zu den Reisen und das Anmeldeformular gibt es auf der [Webseite von Nicole Gohlke](#). Die Termine und Themen im Einzelnen:

- 26. bis 29.03.: Das Bankensystem in der Krise: Besuch im Bundestag, Diskussion mit dem Finanzministerium, lobbykritische Stadtführung, ...
- 15. bis 18.04.: Frauenpolitische Besuchsfahrt (nur für Frauen): Besuch im Bundestag, Diskussion mit dem Auswärtigen Amt, Treffen mit Fraueninitiativen, frauenpolitische Stadtführung, ...
- 06. bis 09.06.: Studierendenfahrt: Besuch im Bundestag, Diskussion mit dem Bildungsministerium, Stadtführung "Studierende zwischen Reaktion und Rebellion", Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesprächsrunden zu Hochschulpolitik, ...
- 07. bis 10.11.: Linke Politik in München. Wahlkreisfahrt mit Aktiven, Interessierten und UnterstützerInnen

### 4.2 Veranstaltung zu kommunaler Asylpolitik in Erlangen am 23. März

Am 23. März nehme ich an einer Veranstaltung der Erlanger Linken zu kommunaler Asylpolitik teil, die im Rahmen der *Internationale Wochen gegen Rassismus* stattfindet:

#### Asylpolitik in den Kommunen: Gnadenlos nach Recht und Gesetz?

Freitag | 23. März | 19.30 | Gewerkschaftshaus | Friedrichstraße 7 | 91054 Erlangen

Podium: Alexander Thal (bay. Flüchtlingsrat), Eckart Wangerin (Stadtrat Erlanger Linke), N. N. (Ausländer- und Integrationsbeirat), Harald Weinberg (MdB Die Linke)

### 4.3 Veranstaltung zu Eurokrise und Griechenland in München am 26. März

Am 26. März findet in München eine Veranstaltung zur Eurokrise statt, bei der unter anderem der Wirtschaftsprofessor Nikos Kotsias aus Athen, ein Vertreter der ver.di Jugend und ich sprechen werden. Genauere Angaben folgen demnächst über Facebook (siehe nächster Punkt, 4.4)

### 4.4 Harald auf Facebook

Aktuelle Termine und Informationen zu meinen Aktivitäten poste ich auch regelmäßig bei Facebook. Schaut einfach mal vorbei. [ZUM FACEBOOK-PROFIL](#)

## 5. Kontakt zu Haralds Büros

Wahlkreisbüro Nürnberg

Allersberger Str. 86

90461 Nürnberg

**Telefon:** (0911) 4505627

**Telefax:** (0911) 4505627

**E-Mail:** [HARALD.WEINBERG@WK.BUNDESTAG.DE](mailto:HARALD.WEINBERG@WK.BUNDESTAG.DE)

Bürgerbüro Penzberg

Christianstr. 6

82377 Penzberg

**Telefon:** (08856) 8048 722

**Telefax:** (08856) 8048 723

**E-Mail:** [HARALD.WEINBERG@WK2.BUNDESTAG.DE](mailto:HARALD.WEINBERG@WK2.BUNDESTAG.DE)

### *Impressum*

Dies ist der Newsletter von MdB Harald Weinberg, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030/22772394, siehe: <http://www.harald-weinberg.de/impressum.php>